



Europapolitik, Industriepolitik, Internationaler Marktzugang

«Buy European»: Die Schweiz ist Teil der **europäischen Wertschöpfungskette**

11.09.2026

Auf einen Blick

- Die Schweiz ist der drittwichtigste Investor und der viertgrösste Handelspartner in Europa.
- Mit einer Reihe von Regulierungsvorschlägen will die EU ihren Markt besser schützen. Die Schutzmassnahmen richten sich zwar nicht primär gegen die Schweiz, treffen aber auch unser Land und die Schweizer Unternehmen.
- Die Schweizer Wirtschaft wird sich im politischen Prozess bis zur Einigung auf EU-Ebene einbringen.
- Die Bilateralen III sind die einzige tragbare Chance, eine Brücke zu bauen.

Diese Woche veröffentlichte die EU den **Public Procurement Act** (PPA) und verfolgt damit ihre Politik der wirtschaftlichen Souveränität konsequent weiter. Unter dem Begriff der «europäischen Präferenz» («Buy European»-Prinzip) versucht Brüssel, die heimische Industrie zu stärken. Ziel ist es, die strategische Abhängigkeit von Drittstaaten – insbesondere von China und den USA – zu verringern und den eigenen Binnenmarkt als Hebel für die eigene Wirtschaft zu nutzen. Öffentliche Aufträge in der EU sind bedeutend: Sie machen rund 15 % des Bruttoinlandsprodukts aus (ca. 2.5 Billionen Euro pro Jahr). Künftig soll dieses Steuergeld gezielt europäische Unternehmen fördern. Behörden sollen neu das Recht erhalten, Angebote abzulehnen, wenn der Anteil europäischer Wertschöpfung bei unter 50 Prozent liegt.

Zurzeit legen die europäischen Gesetzgeber ihre Positionen zum **Industrial Accelerator Act (IAA)** fest. Die Diskussion, was künftig als «europäisch» definiert werden soll, ist innerhalb der EU aber noch nicht abgeschlossen. Einige EU-Mitglieder verlangen eine enge Definition, welche Drittstaaten gleichwertig zu behandeln sind. Andere Mitglieder sind offener. Für die Schweiz entscheidend wird also sein, dass sie nicht diskriminiert wird und Schweizer Erzeugnisse Teil von «Buy European» sind.

Blaupause für alle weiteren Gesetzesvorschläge

Zudem stehen weitere Gesetzesvorschläge der EU an:

- Der im Juni veröffentlichte **Cloud and AI Development Act** (CADA) will die technologische Souveränität, Wettbewerbsfähigkeit und digitale Sicherheit der EU im Bereich der Cloud-Infrastruktur und der Künstlichen Intelligenz (KI) stärken.
- Der ebenfalls am 9. September veröffentlichte **Innovation Act** will in den EU-Ländern öffentliche Stellen verpflichten, bei der gemeinsamen Entwicklung neuer, noch nicht am Markt verfügbarer Prototypen, bevorzugt auf europäische Start-ups und Entwickler zu setzen.

Der Gesetzesentwurf zur Reform des europäischen Vergaberechts könnte also zum Kernelement des «Buy European-Prinzips» werden.

Höhere Beschaffungskosten, längere Lieferzeiten und mehr Bürokratie

Bei Verschärfungen drohen für Schweizer Unternehmen neue Handelshemmnisse und ebenso neue Bürokratieaufwände. Schliesslich müssen die Bedingungen von den Unternehmen, die künftig an öffentlichen EU-Ausschreibungen teilnehmen wollen, erfüllt und nachgewiesen werden. Die Konsequenz wären höhere Preise und Verzögerungen bei der Einführung von innovativen Angeboten.

Die Schweiz ist Teil der europäischen Wertschöpfungskette

In vielen Industriebereichen sind Schweizer Firmen ein integrierter Teil der europäischen Wertschöpfungsketten. Viele Schweizer Unternehmen liefern Schlüsseltechnologien, die auch auf dem europäischen Markt gefragt sind. So liefern Schweizer Firmen Spitzentechnologie und wesentliche Bauteile, ohne welche die europäische Ariane-Rakete nicht ins Weltall fliegen könnte. Schweizer Stromproduzenten sind zudem ein wichtiger Investor in die europäische Strominfrastruktur und tragen zur nachhaltigen Stromproduktion in der EU bei. Der Schweizer AI-Hub liefert zudem einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von europäischen KI-Lösungen.

Mit Bilateralen III eine Brücke bauen

Es ist offensichtlich, dass die EU die Macht ihres Binnenmarktes nutzt. Das Beschaffungsabkommen Schweiz-EU trat 2002 zusammen mit den Bilateralen I in Kraft. Es umfasst Sektoren wie Schiene, Telekommunikation und Energie. Forschung und Entwicklung sind jedoch nicht explizit eingeschlossen. Ein Einschluss würde ein neues Abkommen zwischen der Schweiz und der EU bedingen. Das bedingt aber wiederum eine Stabilisierung der Beziehung – wie mit dem Paket der Bilateralen III.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung



Norina Frey

Leiterin Public Affairs, Mitglied der Geschäftsleitung



François Baur

Head of European Affairs

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch